



## **Zur Ausschüttungspraxis von Verwertungsgesellschaften**

BGH, Beschluss vom 21.11.2024 – I ZR 135/23

LAUSEN  
www.lausen.com  
kanzlei@lausen.com

MÜNCHEN  
Residenzstr. 25  
80333 München  
Tel.: +49 89 24 20 96 0

KÖLN  
Wolfsstr. 16  
50667 Köln  
Tel.: +49 221 27 24 78 0

HAMBURG  
Gutruf Haus • Neuer Wall 10  
20354 Hamburg  
Tel.: +49 40 54 09 03 19 0

BERLIN  
Meinekestr. 4  
10719 Berlin  
Tel.: +49 30 51 99 97 20



## Zur Ausschüttungspraxis von Verwertungsgesellschaften

BGH, Beschluss vom 21.11.2024 – I ZR 135/23

### **Sachverhalt**

- Der Kläger ist Autor wissenschaftlicher Werke. Er macht neben eigenen Ansprüchen auch Ansprüche aus abgetretenem Recht des Autors F. K. (im Folgenden: Zedent) geltend, der überwiegend Reiseführer verfasst.
- Die Beklagte ist die VG Wort.



## Zur Ausschüttungspraxis von Verwertungsgesellschaften

BGH, Beschluss vom 21.11.2024 – I ZR 135/23

### Sachverhalt

- Der Kläger schloss mit der Beklagten am 29. Dezember 1983/26. Januar 1984 einen Wahrnehmungsvertrag (nachfolgend abgekürzt als WV K), der Zedent am 20. November/9. Dezember 1994 (nachfolgend abgekürzt als WV Z). Beide sind auch Mitglieder der Beklagten. Der Kläger und der Zedent meldeten der Beklagten im Klagezeitraum (1. Januar 2016 bis 30. September 2019) diverse Werke und erhielten jeweils Ausschüttungen vom Aufkommen der Beklagten in der Sparte "Vervielfältigung von stehendem Text".



## Zur Ausschüttungspraxis von Verwertungsgesellschaften

BGH, Beschluss vom 21.11.2024 – I ZR 135/23

### **Sachverhalt**

- In beiden Wahrnehmungsverträgen ist bestimmt, dass sich die Abrechnung und Auszahlung des Anteils des Klägers und des Zedenten am Aufkommen der Beklagten nach deren Satzung und Verteilungsplan richten (§ 6 WV K; § 4 Ziff. 1 WV Z). Diese Bestimmungen sind nach dem Wortlaut der beiden Wahrnehmungsverträge auch insoweit Vertragsbestandteil, als sie künftig geändert werden (§ 3 Satz 1 WV K; § 5 Satz 1 WV Z).



## Zur Ausschüttungspraxis von Verwertungsgesellschaften

BGH, Beschluss vom 21.11.2024 – I ZR 135/23

### **Sachverhalt**

- Die Satzung der Beklagten regelte in ihren während des streitgegenständlichen Zeitraums geltenden Fassungen auch die Förderungsausschüttung an den Förderungsfonds Wissenschaft der VG Wort GmbH (nachfolgend abgekürzt als FFW), einer eigenständigen GmbH, deren einzige Gesellschafterin die Beklagte ist.



## Zur Ausschüttungspraxis von Verwertungsgesellschaften

BGH, Beschluss vom 21.11.2024 – I ZR 135/23

### **Sachverhalt**

- Der Kläger wendet sich aus eigenem und aus abgetretenem Recht des Zedenten dagegen, dass die Beklagte im Zeitraum vom 1. Januar 2016 bis 30. September 2019 den FFW an ihren Einnahmen beteiligte und dadurch seinen Anteil und den des Zedenten hieran schmälerte.



## Zur Ausschüttungspraxis von Verwertungsgesellschaften

BGH, Beschluss vom 21.11.2024 – I ZR 135/23

### Sachverhalt

- Der Kläger hat - soweit für das Vorlageverfahren von Bedeutung - beantragt festzustellen, dass die Beklagte nicht berechtigt war und nicht berechtigt ist, die Ausschüttungen der auf die Werke des Klägers sowie auf Fach- und Sachbücher des [Zedenten] entfallenden Anteile an den Erlösen aus der Wahrnehmung der gesetzlichen Vergütungsansprüche gemäß den §§ [27](#), [54](#) ff. UrhG, die auf den Wahrnehmungszeitraum vom 1. Januar 2016 bis zum 30. September 2019 entfallen, durch Zahlungen aus diesen Erlösen für folgende Zwecke zu vermindern: (...) Zuwendungen an den Förderungsfonds Wissenschaft der VG Wort GmbH.
- Ferner hat der Kläger Auskunft über die Höhe der an den FFW gezahlten Zuwendungen verlangt.



## Zur Ausschüttungspraxis von Verwertungsgesellschaften

BGH, Beschluss vom 21.11.2024 – I ZR 135/23

### **Sachverhalt**

- Das Landgericht hat dem Feststellungsantrag vollständig, dem Auskunftsantrag zugunsten des Zedenten vollständig und zugunsten des Klägers nur teilweise stattgegeben. Das Berufungsgericht hat die Verurteilung zugunsten des Zedenten aufrechterhalten und die Klage hinsichtlich des Klägers vollständig abgewiesen.





## Zur Ausschüttungspraxis von Verwertungsgesellschaften

BGH, Beschluss vom 21.11.2024 – I ZR 135/23

### Rechtsrahmen

- **§ 27 VGG Verteilungsplan**

(1) Die Verwertungsgesellschaft stellt feste Regeln auf, die ein willkürliches Vorgehen bei der Verteilung der Einnahmen aus den Rechten ausschließen (Verteilungsplan).

(2) Nimmt die Verwertungsgesellschaft Rechte für mehrere Gruppen von Rechtsinhabern gemeinsam wahr, kann sie im Verteilungsplan regeln, dass die Einnahmen aus der Wahrnehmung dieser Rechte unabhängig davon, wer die Rechte eingebracht hat, nach festen Anteilen verteilt werden.



## Zur Ausschüttungspraxis von Verwertungsgesellschaften

BGH, Beschluss vom 21.11.2024 – I ZR 135/23

### Rechtsrahmen

- **§ 32 VGG Kulturelle Förderung; Vorsorge- und Unterstützungseinrichtungen**

(1) Die Verwertungsgesellschaft soll kulturell bedeutende Werke und Leistungen fördern.

(2) Die Verwertungsgesellschaft soll Vorsorge- und Unterstützungseinrichtungen für ihre Berechtigten einrichten.

(3) Werden kulturelle Förderungen und Vorsorge- und Unterstützungseinrichtungen durch Abzüge von den Einnahmen aus den Rechten finanziert, so hat die Verwertungsgesellschaft die kulturellen Förderungen und die Leistungen der Vorsorge- und Unterstützungseinrichtungen nach festen Regeln, die auf fairen Kriterien beruhen, zu erbringen.



## Zur Ausschüttungspraxis von Verwertungsgesellschaften

BGH, Beschluss vom 21.11.2024 – I ZR 135/23

### Rechtsrahmen

- **Art. 5 RL 2001/29**

(2) Die Mitgliedstaaten können in den folgenden Fällen Ausnahmen oder Beschränkungen in Bezug auf das in Artikel 2 vorgesehene Vervielfältigungsrecht vorsehen:

a) ...

b) in Bezug auf Vervielfältigungen auf beliebigen Trägern durch eine natürliche Person zum privaten Gebrauch und weder für direkte noch indirekte kommerzielle Zwecke unter der Bedingung, dass die **Rechtsinhaber** einen gerechten Ausgleich erhalten, wobei berücksichtigt wird, ob technische Maßnahmen gemäß Artikel 6 auf das betreffende Werk oder den betreffenden Schutzgegenstand angewendet wurden;



## Zur Ausschüttungspraxis von Verwertungsgesellschaften

BGH, Beschluss vom 21.11.2024 – I ZR 135/23

### Rechtsrahmen

- **Art. 6 RL 2006/115**

(1) Die Mitgliedstaaten können hinsichtlich des öffentlichen Verleihwesens Ausnahmen von dem ausschließlichen Recht nach Artikel 1 vorsehen, sofern zumindest die **Urheber** eine Vergütung für dieses Verleihen erhalten. Es steht den Mitgliedstaaten frei, diese Vergütung entsprechend ihren kulturpolitischen Zielsetzungen festzusetzen.



## Zur Ausschüttungspraxis von Verwertungsgesellschaften

BGH, Beschluss vom 21.11.2024 – I ZR 135/23

### Gründe

- Der Erfolg der Revision hängt von der Auslegung von Art. 5 Abs. 2 Buchst. b der Richtlinie 2001/29/EG, von Art. 6 Abs. 1 Satz 1 der Richtlinie 2006/115/EG sowie von Art. 11 Abs. 4 und Art. 12 Abs. 4 der Richtlinie 2014/26/EU ab.
- Vor einer Entscheidung über die Revision ist deshalb das Verfahren auszusetzen und gemäß Art. [267](#) Abs. 1 Buchst. b und Abs. 3 AEUV eine Vorabentscheidung des Gerichtshofs der Europäischen Union einzuholen.



## Zur Ausschüttungspraxis von Verwertungsgesellschaften

BGH, Beschluss vom 21.11.2024 – I ZR 135/23

### Gründe

- Das Berufungsgericht hat die Klage hinsichtlich der Ansprüche des Zedenten als zulässig und begründet und hinsichtlich der Ansprüche des Klägers als zulässig, aber unbegründet angesehen. Hierzu hat es ausgeführt:



## Zur Ausschüttungspraxis von Verwertungsgesellschaften

BGH, Beschluss vom 21.11.2024 – I ZR 135/23

### Gründe

- Die aus abgetretenem Recht des Zedenten geltend gemachten Ansprüche auf Feststellung und Auskunft seien begründet, weil die Bestimmungen in den Verteilungsplänen der Jahre 2015 bis 2018 über die Ausschüttungen an den FFW als Allgemeine Geschäftsbedingungen gegen wesentliche Grundgedanken des Gesetzes über die Wahrnehmung von Urheberrechten und verwandten Schutzrechten durch Verwertungsgesellschaften (VGG) verstießen und daher unwirksam seien, indem danach Nichtberechtigte an den Ausschüttungen beteiligt würden. Weil Ausschüttungen des Zedenten durch die Ausschüttungen an den FFW gemindert worden seien, seien dessen Feststellungs- und Auskunftsansprüche begründet. Hinsichtlich des Klägers könne allerdings nicht festgestellt werden, dass Ausschüttungen vermindert worden seien, so dass die auf eigene Ansprüche des Klägers gestützte Klage ohne Erfolg bleibe.



## Zur Ausschüttungspraxis von Verwertungsgesellschaften

BGH, Beschluss vom 21.11.2024 – I ZR 135/23

### Gründe

- 1. ... In Übereinstimmung mit der Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs hat das Berufungsgericht den Grundgedanken des § 7 Satz 1 WahrnG und des § 27 Abs. 1 VGG, nach denen die Verwertungsgesellschaft feste Regeln aufstellt, die ein willkürliches Vorgehen bei der Verteilung der Einnahmen aus den Rechten ausschließen (Verteilungsplan), darin gesehen, dass die Verwertungsgesellschaft die Einnahmen aus ihrer Tätigkeit ausschließlich an die Berechtigten zu verteilen hat, und zwar in dem Verhältnis, in dem diese Einnahmen auf einer Verwertung der Rechte und Geltendmachung von Ansprüchen der jeweiligen Berechtigten beruhen. Mit diesem Grundgedanken ist es unvereinbar, Nichtberechtigte an diesen Einnahmen zu beteiligen.





## Zur Ausschüttungspraxis von Verwertungsgesellschaften

BGH, Beschluss vom 21.11.2024 – I ZR 135/23

### Gründe

- 2. Entgegen der Ansicht des Berufungsgerichts kommt allerdings in Betracht, dass die Ausschüttung zugunsten des FFW der Vorschrift des § 32 Abs. 1 VGG entspricht und daher nicht als gesetzeswidrige Beteiligung eines Nichtberechtigten anzusehen ist. In diesem Zusammenhang besteht unionsrechtlicher Klärungsbedarf.



## Zur Ausschüttungspraxis von Verwertungsgesellschaften

BGH, Beschluss vom 21.11.2024 – I ZR 135/23

### Gründe

- a) Nach § 32 Abs. 1 VGG soll die Verwertungsgesellschaft kulturell bedeutende Werke und Leistungen fördern. Diese Vorschrift beschränkt den Kreis der Empfänger von Förderung nicht auf Rechtsinhaber, sondern ermöglicht auch die Förderung zukünftigen Schaffens von Werken und Erbringens von Leistungen.



## Zur Ausschüttungspraxis von Verwertungsgesellschaften

BGH, Beschluss vom 21.11.2024 – I ZR 135/23

### Gründe

- b) Damit ist die unionsrechtlich klärungsbedürftige Frage aufgeworfen, ob es mit Art. 5 Abs. 2 Buchst. b der Richtlinie 2001/29/EG, mit Art. 6 Abs. 1 Satz 1 der Richtlinie 2006/115/EG sowie mit Art. 11 Abs. 4 und Art. 12 Abs. 4 der Richtlinie 2014/26/EU vereinbar ist, wenn nach einer Vorschrift des nationalen Rechts - hier: § 32 Abs. 1 VGG - eine Verwertungsgesellschaft kulturell bedeutende Werke fördern soll und dies zur Folge hat, dass auch Empfänger in den Genuss der Förderung gelangen, die (jedenfalls noch) nicht zum Kreis der Rechtsinhaber zählen (Vorlagefrage 1).



## Zur Ausschüttungspraxis von Verwertungsgesellschaften

BGH, Beschluss vom 21.11.2024 – I ZR 135/23

### Gründe

- c) Im Ausgangspunkt gilt das unionsrechtliche Gebot, dass die Anspruchsberechtigten des im Rahmen der Ausnahmen gemäß Art. 5 Abs. 2 Buchst. a und b der Richtlinie 2001/29/EG geschuldeten gerechten Ausgleichs (Urheber und Leistungsschutzberechtigte) und der nach Art. 6 Abs. 1 Satz 1 der Richtlinie 2006/115/EG geschuldeten Vergütung (die Urheber) diese Mittel unbedingt erhalten müssen. Hierbei ist es zulässig, dass die Rechtsinhaber die Zahlung des gerechten Ausgleichs nicht unmittelbar erhalten, sondern ihnen ein Teil der dem gerechten Ausgleich dienenden Erlöse mittelbar über zu ihren Gunsten geschaffene soziale und kulturelle Einrichtungen ausbezahlt wird.
-



## Zur Ausschüttungspraxis von Verwertungsgesellschaften

BGH, Beschluss vom 21.11.2024 – I ZR 135/23

### Gründe

- Vor diesem Hintergrund wird § 32 Abs. 1 VGG teilweise so verstanden, dass diese Vorschrift bei der gebotenen richtlinienkonformen Auslegung keine Begünstigung von anderen Personen als Inhabern von Urheber- oder Leistungsschutzrechten gestattet, soweit letztere dem nicht zugestimmt haben.



## Zur Ausschüttungspraxis von Verwertungsgesellschaften

BGH, Beschluss vom 21.11.2024 – I ZR 135/23

### Gründe

- d) Es bedarf der Klärung, ob dieses strikte Verständnis im Lichte der später ergangenen Richtlinie 2014/26/EU zugunsten der Zulässigkeit der auf einer Beschlussfassung der Mitgliederversammlung beruhenden Förderung sozialer, kultureller oder bildungsbezogener Zwecke zugunsten von Empfängern, die (jedenfalls noch) nicht zum Kreis der Rechtsinhaber zählen, zu erweitern ist.